

Bezugspreis:
Inland: 10.- M. monatlich, 10.- M. vierteljährlich, 30.- M. halbjährlich, 100.- M. jährlich.
Ausland: 12.- M. monatlich, 12.- M. vierteljährlich, 36.- M. halbjährlich, 120.- M. jährlich.
Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verlage und Postämter entgegen.
Telegraphische Adressen:
„Vorwärts“ Berlin
„Sozialdemokrat“ Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Mittwoch, den 13. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaktion:
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Anzeigenzeilen kosten 1,20 M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt 1,20 M. (zweispaltig) zwei letzte Blätter 1,20 M. jedes weitere Blatt 1.- M. Stellenanzeigen und Geschäftsmitteilungen das erste Blatt 1.- M. jedes weitere Blatt 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Kamenen 2 Pf. 1.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Vorwärts-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Gestalt nach 5 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Nichtanrechnung deutscher Schiffe.

Paris, 13. Juli. (EE.) Die Reparationskommission hat entschieden, daß Peru über die von ihm beschlagnahmten deutschen Schiffe selbst verfügen könne und sie Deutschland nicht auf Wiederanrechnungskonto angerechnet werden.

Da die Beschlagnahme in Peru unter den gleichen Umständen wie in Nordamerika erfolgt ist — wenn auch Peru die Pariser Bestimmungen ratifiziert hat und USA nicht —, so ist zu erwarten, daß auch die 600 000 Tonnen deutscher Schiffe, die in Nordamerika beschlagnahmt worden sind, Deutschland nicht auf das Reparationskonto angerechnet werden.

Durch diese Entscheidung wird auch den Hoffnungen auf Verletzung der Beute unter die Alliierten ein Ende bereitet.

Harding fordert Schuldentilgung.

Paris, 13. Juli. (EE.) Harding genehmigte das von 496 auf 410 Millionen herabgesetzte Marinebudget, lehnte aber Prämissen für Kriegsteilnehmer ab. In einer Rede sagte er, daß diese Prämien das Wiederaufblühen des amerikanischen Geschäftslebens verhindern werden. Eine Verminderung der Steuern für unzulässig. Man könne nicht 1 Million ehemaliger Soldaten eine beträchtliche Geldleistung zukommen lassen, während Millionen anderer Männer arbeitslos seien. Das amerikanische Schahamt könne diese Prämie nicht bezahlen. Erst wenn die Alliierten ihre Schulden an die Vereinigten Staaten beglichen hätten, wäre es möglich, den früheren Kriegsteilnehmern eine Prämie zukommen zu lassen. Was die auswärtigen Schulden anbetrifft, so erklärte der Präsident, daß ihre Nichtbezahlung zum Weltbankrott führen würde. Harding ist von der Notwendigkeit dreier Dinge für die Wiederherstellung der Finanzlage der Vereinigten Staaten überzeugt: 1. Herabsetzung der amerikanischen Steuern; 2. Bezahlung der amerikanischen Kriegsschulden; 3. Rückzahlung der auswärtigen Anleihen. Es sei unbedingt notwendig, diese drei Probleme zu lösen, ehe das amerikanische Schahamt Verpflichtungen eingehen könne, wie sie ihm der Geheimrat über die Zahlung von Prämien an die früheren Kriegsteilnehmer zumuten würde.

Die Abrüstungsaktion.

Nach der „Chicago Tribune“ hat Harding absichtlich durch seine Konferenzanrede den Anträgen des Senators Borah vorgegriffen, denen zufolge der Präsident aufgefordert werden sollte, mit England und Japan über einen Flottenstopp zu verhandeln. Der Präsident sei nicht willens gewesen, die Verhandlungen dermaßen einzulegen und habe deshalb seinen weitergehenden Plan bekanntgegeben.

Zur Abrüstungskonferenz wollen Briand und Lloyd George angeblich selbst hinfahren; sie soll im Herbst, vielleicht am Waffenstillstandstag, dem 11. November, beginnen. Von der Teilnahme Fochs wird noch nichts gemeldet.

Paris, 13. Juli. (EE.) Der Konferenz ist ein ausgedehntes Programm zugeordnet; es handelt sich zunächst darum, alle Möglichkeiten zu beseitigen, die zu internationalen Reibungen führen könnten. Zweitens soll die Verwendung giftiger Gase in einem künftigen Kriege verhindert und der Gebrauch von Flugzeugen möglichst eingeschränkt werden. Als dritter Punkt wird die Frage der offenen Tür in Sibirien und China behandelt werden. Die chinesische Angelegenheit wird am schwersten zu lösen sein, da sich hier die Interessen Japans und die der Vereinigten Staaten äußerst scharf gegenüberstehen.

Unklar ist bis jetzt noch die Haltung, die Frankreich der Frage der Abrüstung zu Lande gegenüber einnehmen wird. Im „Echo de Paris“ kann Bertinaz seine schweren Bedenken gegen diese Art der Abrüstung nicht verhehlen; man müßte sich zunächst fragen, ob die Mächte schon jetzt zugestehen wollten, daß Frankreich, dem in erster Linie die Sicherung der Durchführung der Versailles Bestimmungen zufällt, auf eine bevorzugte Behandlung Anrecht haben wird; ob man sich in Washington nicht besser auf die Frage der Abrüstung zur See beschränken solle und ob Frankreich hieran nicht mit dem gleichen Rechte teilnehmen solle wie die anderen Staaten. Bertinaz nimmt an, daß, wie seinerzeit

zwischen Wilson und Lloyd George besondere Abmachungen getroffen worden seien, die den Zweck hätten, England zur Aufgabe der Allianz mit Japan zu veranlassen, die für England doch eine Verlegenheit bedeute. Außerdem fürchtet Bertinaz, daß Amerika und England zwar alle Abmachungen von Versailles annehmen werden, daß sie aber die darin enthaltenen Verpflichtungen verringern möchten. Für Frankreich gebe es vor, während und nach der Abrüstungskonferenz nur ein Programm: die Durchführung der Versailles Bestimmungen sicherzustellen. In Berücksichtigung dieses Standpunktes könnte sich Frankreich auf das Abrüstungsprogramm einlassen, wenn es Deutschland nicht mehr gestattet würde, in den Rheinländern unmittelbar tätig zu sein.

Wollte auf deutsch: Frankreich soll erst nach Unterzeichnung der Rheinlande abzurufen!

Ein Weltfriedenstag.

Wien, 13. Juli. (U.) In der gestrigen Sitzung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Fortschritt wurde die Veranlassung eines Friedenstages in allen Ländern der Welt angeregt.

Entwaffnung in Oberschlesien.

Paris, 13. Juli. (EE.) Radio meldet aus Beuthen: Die Internationalisierte Kommission hat den 17. Juli als Endzeitpunkt für die Entwaffnung in den Abstimmungsgebieten festgesetzt. Nach diesem Zeitpunkt werden alle Personen, bei denen noch Waffen gefunden werden, mit Geld- oder Gefängnisstrafe von 2 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft. Die Unterkommission, die einen Bericht über die Durchführung der Entwaffnung vorzulegen hat, gibt bekannt, daß im ganzen geräumten Gebiet vollkommene Ruhe herrsche.

Bekanntlich ist das gar nicht wahr, denn es sind zahlreiche polnische Raubzüge vorgekommen. Jetzt behauptet Hanas, daß Orzech-Banden die polnischen Bauern im Kreise Ratibor — deren es nur sehr wenige geben dürfte — ausplündern. Nach einer U.-Meldung beginnt sich die Befehung der Grenze nach Polen hin sehr langsam zu vollziehen. Wo die Engländer die Grenzbesetzung durchführen, ist die Wirkung nicht zu verkennen. Der französische Kreiskontrollant in Beuthen, General de Comte Denis, ist von seinem Posten abberufen.

Der Riesenprozeß Karolyi.

Budapest, 12. Juli. (U.) Die Staatsanwaltschaft hat im Zusammenhang mit den Enthüllungen des Prinzen Windischgrätz das Verfahren wegen Hochverrats eröffnet. Die Zahl der Beschuldigten dürfte sich auf mehrere hundert belaufen. Die in Vorbereitung befindliche Anklageschrift unterscheidet folgende sechs Gruppen von Beschuldigten: 1. Personen, die antimilitaristische Propaganda getrieben haben, 2. die sich der Spionage oder der Verbindung mit dem Feinde schuldig gemacht haben, 3. Persönlichkeiten, welche die Ausrufung der Republik vorbereiteten, 4. diejenigen, die bei der Polizei, bei staatlichen Behörden usw. aufreizende Propaganda betrieben haben, 5. die Mitglieder des Nationalrates vom 6. November 1918 und 6. alle Personen, die verdächtig sind, an der Revolution beteiligt gewesen zu sein oder nicht genügend genug den Aufruf niedergelegt zu haben! Sollte die Anklage in diesem Umfang aufrechterhalten bleiben, so würden auch zahlreiche Mitglieder der jetzigen Nationalversammlung und die meisten namhaften Politiker Ungarns zur Verantwortung gezogen werden, insbesondere die Mitglieder der Kabinets Wieders, aber auch Prinz Windischgrätz selbst, da er das alte Regime nicht verurteilt, sondern sich am ersten Tage der Revolution nach der Schweiz begeben hat.

An zahlreichen Orten wurden Gruppen der republikanischen Partei begründet. Eine Interpellation in der Nationalversammlung fordert die Regierung auf, Schritte zur Bekämpfung der republikanischen Propaganda zu unternehmen, da diese eine Gefahr für den inneren Frieden des Landes bedeute. Eine republikanische Versammlung in der Hauptstadt wurde von der Polizei verboten.

Devalera in London.

London, 13. Juli. (EE.) Devalera, Griffith, Austin und Barton sind gestern um 6 Uhr hier eingetroffen. Man hatte ihnen einen Salonwagen zur Verfügung gestellt, doch war eine Einladung, die offiziellen Gäste der englischen Regierung zu sein, von ihnen abgelehnt worden. Sie waren vielmehr bei ihren Freunden abgeblieben. Vorher trafen sie in London noch der Lordmajor von Dublin, Prof. May Neill und Graf Plunkett ein. Heute vormittag um 11 Uhr wird die Konferenz in der Downingstreet beginnen. Nach dem „Co. Standard“ werden außer Lloyd George, Balfour, der Lordkanzler Birkenhead, der Staatssekretär für Irland Greenwood, General Smuts sowie die Vertreter von Ulster teilnehmen. Der Drangistenführer Craig erklärte, Frieden gebe es nur, wenn die Sinnfeinder Ulster vollkommen freigegeben.

Bei ihrem Eintreffen in London wurden die irischen Vertreter von ihren Freunden mit größter Begeisterung begrüßt. Große Freude herrscht auch in Dublin. Zum erstenmal seit langer Zeit war es wieder möglich, in den Abendstunden auf den Straßen zu weilen, ohne Militärpatrouillen und Panzerautos zu begegnen. Infolgedessen blieben die Leute bis spät in die Nacht hinein auf der Straße. Die Waffenruhe wird überall innegehalten, selbst in Belfast kam es zu keinen Unruhen.

Devalera übergab nach seiner Ankunft den Pressevertretern eine Erklärung, in der es heißt, es sei kein Anlaß vorhanden, daß die Völker der beiden Inseln fortgesetzt in Feindschaft leben müßten. Es handle sich nur darum, anzuerkennen, worin die Gerechtigkeit bestehe, die die notwendige Grundlage des zu schließenden Friedens sein müsse.

Strafe für Anschlagswillen. Die geplante Ueberrahme des Habsburger Schlosses und jenen Kinderheims Kiechheim bei Salzburg zur Sicherung seines Bestehens durch eine englische Wohltätigkeitsgesellschaft steht bei ihrer Zentrale in London auf Widerstand, weil man über die Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland verstimmt ist.

Weiter Offiziersentlassungen. Infolge der Forderung der Internationalisierten Kontrollkommission, die höheren Intendantenbeamten, das Zeugamtspersonal sowie die Zahlmeister auf die Zahl der 4000 Offiziersstellen in der Reichswehr anzurechnen, werden, wie Korrespondenz R.E. erzählt, mit dem 15. Juli weiter 150-190 Offiziere aller Dienstgrade entlassen werden. Gleichzeitig mit dem Ausscheiden dieser Offiziere werden etwa 100 Offiziere des Reichswehrministeriums in die Front verlegt und die Kommandierung einer Anzahl auf dem Etat von Fronttruppenteilen stehender Offiziere zum Reichswehrministerium aufgehoben.

Legt die Flinten weg!

Frankreich besitzt noch immer treffliche Karikaturenzeichner, und so dürfen wir hoffen, nächstens in französischen Blättern die Gesichter der Herren Lesaire, Barthou und Genossen zu erblicken in dem Augenblick, in dem Briand in der Kammer erklärte, Frankreich nehme die Einladung zur Abrüstungskonferenz des Präsidenten Harding „besonders gerne“ an. Es würde sich vielleicht verlohnen, gleich zwei Ausnahmen zu machen, die eine bei der eben erwähnten Äußerung des Ministerpräsidenten, die andere aber bei jener Stelle, an der Briand sagte, bei der geplanten Einschränkung der Rüstungen müßten natürlich „alle Vorbedingungen für die nationale Sicherheit“ gewahrt bleiben. Man wird dann nach einem ironischen Blinzeln ein verständnisvoll erleichtertes „Aha!“ über die Züge der genannten Herren gleiten lassen.

Schon vor dem Krieg hat für die meisten Regierungen die platonische Liebeserklärung an den Gedanken der Abrüstung zu den unvermeidlichen Komplimenten gehört, die das Laster der Tugend macht. Nur das kaiserliche Deutschland glaubte, selbst diese Geste entbehren zu können und brachte es mit seinen waffenfrohen Lebensarten dazu, sich die ganze übrige Welt zu entfremden. Briands grundsätzliches Einverständnis mit der Anregung, die Frage der Rüstungsbeschränkungen mit den anderen Mächten gemeinsam in Washington zu diskutieren, enthält nichts, was von den früheren Gepflogenheiten der Diplomatie abweicht.

Die Annahme der Einladung Hardings mußte Frankreich um so leichter fallen, als eine Möglichkeit, der wenig beliebten Diskussion auszuweichen, überhaupt nicht bestand. Schon an diesem Sonnabend soll in Paris unter dem Vorhitz Bismars eine Sitzung des Völkerbunds ausgeschrieben für die Abrüstung stattfinden, die nun infolge der Einladung nach Washington verlagert werden wird. Es ist überhaupt interessant, im Zusammenhang mit der Konferenz von Washington an die Abrüstungsbestimmungen der Völkerbundsatzung zu erinnern, die folgendermaßen lauten:

Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung.

Von zehn zu zehn Jahren sind diese Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.

Die auf diese Weise festgesetzte Grenze der Rüstungen darf nach ihrer Annahme durch die verschiedenen Regierungen nicht ohne Zustimmung des Rates überschritten werden.

Mit Rücksicht auf die schweren Bedenken, denen die private Herstellung von Munition oder Kriegsgerät begegnet, beauftragen die Bundesmitglieder den Rat, Mittel gegen die daraus entspringenden schlimmen Folgen ins Auge zu fassen, und zwar unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder, die nicht in der Lage sind, selbst die für ihre Sicherheit erforderlichen Mengen an Schießbedarf und Kriegsgerät herzustellen.

Die Bundesmitglieder übernehmen es, sich in der offensten und erspöndlichsten Weise gegenseitig jede Auskunft über den Stand ihrer Rüstung, über ihr Heer- und Flottenprogramm und über die Lage ihrer auf Kriegszwecke einstellbaren Industrien zukommen zu lassen.

Sollten Amerika, England, Japan und Frankreich in Washington zu einem festen Abkommen gelangen, so hätten sie also auch schon ein Instrument in der Hand, um seine Wirkung auch auf die anderen Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, auszudehnen. Inzwischen ist ja auch schon, was für Frankreich die Hauptsache ist, die Abrüstung Deutschlands in so vollkommener Weise durchgeführt worden, daß General Koller für die Durchführung dieses Wertes mit einem hohen Orden belohnt werden konnte.

Heute steht es so, daß Frankreich mehr als achtmal soviel Männer unter Waffen hält als Deutschland, ganz abgesehen davon, daß es über eine schwere technische Kriegsrüstung verfügt, die Deutschland gänzlich genommen worden ist. Niemand wird ernstlich behaupten können, daß dieses Deutschland mit seinen 100 000 Mann Reichswehr, ohne schwere Artillerie, Tanks und Luftflotte, für Frankreich eine militärische Gefahr bedeutet. Ähnliches gilt, aus anderen Gründen, für Sowjetrußland, das vom französischen Militarismus als letztes Argument im Kampfe um seine Selbstbehaltung herangeholt wird. Mit Recht konnte Lenin auf der allrussischen Konferenz der Transportarbeiter im März d. J. sagen, daß die Militärmacht der Entente ganz unvergleichlich gewaltiger sei als jene Rußlands, und daß nur die Haltung der europäischen Arbeiterschaft (die er dafür beschimpft) einen Erfolg der militärischen Intervention verhindern habe. Ein Land, das wirtschaftlich-technisch so daniert liegt wie Rußland, ist nicht imstande, eine für modern ausgerüstete Gegner gefährliche Offensivkraft zu entwickeln.

Sprechen also alle Gründe der Logik für einen Abbau des französischen Militarismus, so wird sich sein Selbsthaltungstrieb vielleicht doch für absehbare Zeit stärker zeigen als sie. Er wird gestützt durch den Egoismus ungezählter Existenzen, die wirtschaftlich auf ihm fußen, und durch jene Geistesrichtung, die uns in Deutschland nur allzu gut bekannt ist. Und wenn er in Not gerät, wird das kindliche Treiben deutscher Geheimbünde und die wilhelminische Phrasologie unserer deutschnationalen Presse schon dafür sorgen, daß ihm wenigstens die Scheingründe nie ganz ausgehen.

Heute lebt er noch von der Vorstellung, daß auch das vorchristlich-mäßig entwaffnete Deutschland immer noch ein Gegner sei, vor dem man sich durch die stärkste materielle und diplomatische Rüstung schützen müsse. Wie stark diese Vorstellung in Frankreich noch ist und wie sehr auch vernünftiger Leute genötigt sind, ihr Zugeständnisse zu machen, zeigt die Aeußerung Briand's, vielleicht würde sich in Washington eine neue Gelegenheit finden, Verständigungen zu suchen, die Frankreich erlauben könnten, das von allen Völkern gewünschte Ziel zu erreichen. Das heißt nichts anderes, als daß Frankreich seine Zustimmung zu einem Abrüstungsabkommen von einem Bündnis mit England und Amerika gegen Deutschland abhängig machen will. Frankreich will seine militärischen Mittel zur Aufrechterhaltung seiner Vormachtstellung in Europa erst dann einschränken, wenn ihm diese Vormachtstellung diplomatisch garantiert worden ist.

Aber auf diesem Wege ist nicht der dauernde Frieden zu suchen. Er ist nicht dadurch zu erreichen, daß ein Volk Europas über alle anderen die Diktatur ausübt, sondern nur dadurch, daß die demokratische Gleichberechtigung aller, der Großen wie der Kleinen, durchgeführt wird. Und der beste Schutz gegen ein militärisches Deutschland, das in dreißig Jahren wieder auf den Beinen stehen könnte, ist nicht das Bündnis mit England und Amerika, sondern die Verständigung des demokratischen Frankreichs mit dem demokratischen Deutschland, der Bund eines Frankreichs der Arbeit mit einem Deutschland der Arbeit. Dieser ist aber nur dann zu erreichen, wenn klares Recht zwischen beiden Völkern herrscht und bestehende Verträge nach Billigkeit ausgelegt und angewendet werden.

Durch die Aufrechterhaltung der Sanktionen begehrt Frankreich ein offenkundiges Unrecht, hier nimmt es einen Standpunkt ein, der sich auf nichts als auf die brutale Gewalt stützt. Von einem Abbau des Militarismus kann ernstlich erst dann die Rede sein, wenn nicht nur ein paar entbehrliche Formationen aufgelöst werden, sondern wenn die bewaffnete Macht in die Grenzen des internationalen Rechts zurückkehrt und nicht mehr, auf die Bajonette gestützt, sich das Vorrecht herausnimmt zu tun, was ihr beliebt. Die moralische Abrüstung muß mit der Aufhebung der Sanktionen beginnen!

Landtag und Selbstschutz.

Zur Beratung der zweiten Lesung des Koistats hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium aufzufordern, den Entschluß des Ministeriums des Innern vom 26. Juni 1921 betreffend die Zulässigkeit der Selbstschutzhorganisationen, die sich von der Organisation Eisenerz losgesagt haben, aufzuheben und diese Organisationen, deren Bestehen die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährden, nachdrücklich zu verfolgen.

Kahr, bayrisches Bier und das Reich.

Bayern kämpft beim Reich gegen die Erhöhung der Biersteuern. Das Reichsfinanzministerium lehnte aber alle Einwände ab. Jetzt will die Kahr-Regierung einen neuen Selbstschutz gegen die Biersteuer im Reichstag beginnen. Wenn Kahr dabei keinen Erfolg hat, wird er sicher von seinen getreuesten Anhängern im Hofbräuhaus auf einem Scheiterhaufen von leeren Bierfässern verbrannt.

Keine Haftentlassung bayrischer linkssozialistischer Abgeordneter. Der Landtag hat in seiner gestrigen Vollsession den Antrag der U.S.P. auf Freilassung der noch in Festungshaft befindlichen linkssozialistischen Abgeordneten neuerdings abgelehnt.

Kammerspiele (Sommerspielzeit).

(Leonid Andrejew: „Der Herr, der die Mausechellen kriegt“.)

Der Name des Verfassers weckte freudige Erwartungen. An seine früher in Berlin gespielten Stücke knüpft sich die Erinnerung an einen eigenartigen, blühenden Stimmung; und untergeordnet bleibt sein „rotes Buch“, jene Folge grausig spukhafter, unter dem Eindruck des russisch-japanischen Krieges entstandener Stützen. In diesen Visionen eines verwundeten heimgekehrten Offiziers, den das Entsetzen über das Erlebte zum Wahnsinnigen gemacht, spiegelt sich mit dichterisch konzentrierender Gewalt der ganze blutige, trübsinnige Widerstand organisiert Völkermordes, den die Parteigänger der herrschenden Gewalten in ruhigem Ignorismus als moralisches Stahlbad anzupreisen wagen. Die Wirklichkeit hat hier ein packendes Symbol gefunden, dem sich in der deutschen Literatur nur des jetzt auch verstorbenen Karl Hauptmanns „Lebeum“-Drama zur Seite stellen läßt, das an der Schwelle des Weltkrieges die furchtbare Dämonie des Kommenden in grandioser Konzeption voraus verkündete.

Indes das in den Kammerspielen aufgeführte Werk zeigt keine Spur der suggestiven Kraft, die dem russischen Poeten in glücklichen Stunden eigen war. Der Wahnsinn des Titelhelden, der die Mausechellen kriegt, ist schlechterdings ein leerer Wahnsinn, ohne sinnvolle Hintergründe, der so, zu vier Akten ausgesponnen, dem Hörer peinlich auf die Nerven fällt. Höhn und Verzeiwung sprechen, doch nirgends quillt in uns etwas wie die tragische Empfindung auf: wie edler Geist ward hier zerstört. Die Idee, daß einer, dessen Hoffnungen und Visionen Schiffbruch litten, aus der grausamen Barocke des Lebens in die Rolle eines Zirkusclowns und dummen August schlüpfte, schillert wie die ganze Stimmung der Zerrissenheit ins Bedenkliche.

Worüber jener Herr — nach allerhand Andeutungen ein Mitglied der hohen Aristokratie — seinen Verstand, wenn er ihn je besaß, verloren hat, bleibt unklar. Auch das Erscheinen eines einsigen Kavaliers, der ihm seine Frau abspenstig gemacht und ihm (hauptsächlich der Verdrähte) seine tiefen Gedanken gestöhnt, durch journalistische Verhöhnung derselben Ruhm erschaffen habe, gibt keine fesselnde interessanten Punkte. Vom Zirkusdirektor, dem er seine Clowndienste anbietet, ohne Probe engagiert, wird er zur großen Attraktion des Unternehmens, die Spezialität des Mausechellenfangens entzückt das tiefe Publikum. Seine Kollegin, die junge wunderliche Tanglewangerin, ein noch ganz naives, unverdorbenes Geschöpfchen, das der verkommenen adligen Papa an einen reichen Wüstling ehelich verheiraten möchte, bringt ihn in einen Zustand verzweifelter Schwärmerie. Daß sie den dummen August ausläßt, spöttisch mit einer Mausechelle bedient, läßt ihm die kleine nur noch bewunderungswürdiger erscheinen. Er liegt ihr in den Ohren, dann

Deutsche Volkspartei und Heuerlinge.

Der Amtsrichter Stendel von der Deutschen Volkspartei hat es im preußischen Landtag bei der Besprechung der Heuerlingsfrage nicht unterlassen können, auf deren Organisation, ihren Führer und auf verschiedene andere zu schimpfen, was ihm und seinen Freunden nicht in den Kram paßt. Jetzt antwortet ihm der Vorsitzende des Nordwestdeutschen Heuerleutenverbandes, W. Helling, in einem offenen Briefe. Darin heißt es z. B. gegenüber dem Vorwurf der Verbeugung:

„Ich kann mir auch die Mühe sparen, die Heuerleute zu verheizen, denn das besorgen die Bauern der hiesigen Gegend schon auf das gründlichste. Die Bauern der hiesigen Gegend haben es in den letzten Jahrzehnten zu einem gewissen Wohlstande gebracht, ihre Söhne haben einjährig bei der Garde gedient und die Töchter teure Pensionate aufgesucht. Dieses können sie in erster Linie dem Umstande verdanken, daß sie den Grund und Boden nicht durch Arbeit ihrer Hände erworben, sondern von ihren Vätern ererbt haben, und in zweiter Linie, weil die Heuerleute die Hauptlast der landwirtschaftlichen Arbeiten zum Vorteile der Bauern getragen haben. Sollten Sie und Ihre Partei auch im neuen Deutschland in Zukunft die Geschicke des Volkes bestimmen, so ist zu befürchten, daß auch fernerhin die Söhne der Heuerleute nicht Oberlandesgerichtspräsident, sondern nur Oberkellner werden können.“

Die Bemerkung über den Oberkellner bezieht sich darauf, daß der gebildete Herr Stendel im Abgeordnetenhaus den unbedeutenden Gegner durch Verächtlichmachung seiner beruflichen Qualität besonders zu treffen glaubte. Wir sind der Auffassung, es stünde besser ums deutsche Recht, wenn mancher, der heute Richter ist, Oberkellner geworden wäre. Wobei nur zu befürchten bleibt, daß sich die Kellner wahrscheinlich gegen einen Zuwachs, der vor jedem Kappisten den Rücken krumm macht, wehren würden.

Gestellte Verleumder.

Im „Deutschen Zeitungsdiens“ hatte vor einiger Zeit der Herausgeber der national-liberalen Korrespondenz, Ed. Spieß, einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, daß die Sozialisten Heilmut v. Gerlach und Prof. Nicolai in unmittelbarer Verbindung mit Mitgliedern der französischen und englischen Ueberwachungskommission in Berlin gestanden, daß sie diesen Offizieren für hohe Summen Material gegen deutsche Behörden geliefert und daß sie für ihre pazifistische Werbetätigkeit Unterstützung von mehreren Millionen Franken erhalten hätten. So weit es sich um Herrn v. Gerlach handelte, hatte Spieß seine Ausfälschungen öffentlich zurückgenommen, nachdem v. Gerlach Strafantrag gestellt hatte. Nunmehr hat auch Prof. Nicolai gegen Spieß Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, bezugnehmend auf die Redakteure zweier Provinzialblätter, die den fraglichen Artikel abgedruckt hatten.

Eine unpolitische Frage.

Die „Tägl. Rundschau“ druckt einen neuen Hymnus des etwas unfreiwillig aus der Partei ausgestiegenen Paul Müller auf die schwarz-weiß-roten Farben ab, und lädt uns freundlichst ein, dagegen zu polemisieren, aber wir würden uns doch nur lächerlich machen.

Wir wagen es trotzdem, weil Paul Müller wiederum von der kindischen Behauptung ausgeht, daß für die Befürworter der schwarz-weiß-roten Handelsflagge die Flaggenfrage keine parteipolitische, sondern eine soziale und wirtschaftliche Frage sei. Dem stellen wir gegenüber, was erst gestern in Nr. 319 der „Kreuz-Zeitung“ über dieses Thema gesagt war. In einer Besprechung der letzten Reichstagsession schrieb das deutsch-nationale Blatt:

Von besonderem Interesse war der Antrag und die Abstimmung über die Handelsflagge, ob das reine schwarz-weiß-rote Tuch durch die Revolutionsfarben schwarz-rot-gold, die immer nur in Deutschlands trüben Tagen geweht haben, schimpflich werden sollte oder nicht.

Das ist in der Tat eine ganz „unpolitische“ Betrachtungsweise dieser „rein wirtschaftlichen und sozialen“ Frage! Ähnliche Zitate aus der Presse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ließen sich mit Beiläufigkeit noch zu Dutzenden zusammenbringen.

wenigstens, statt seinen ekelhaften Feind anzunehmen, mit einem hübschen jungen Freund rechtzeitig durchzugehen, und beschließt, als dieser Rat nichts hilft, seine Schützrolle damit, daß er — sie und sich vergiftet. Alles bewegt sich bei äußerster Bunttheit in Bahnen monotoner Theatralik.

Eugen Klöpfer, der seine reiche Kunst für die undankbare Hauptrolle einsetzt, erntete lebhaften Applaus. An treffend karikaturistischer Zeichnung repräsentierte Herr Bronau den verkommenen, noch immer adelstolzen Vater. Margarete Schlegel in der Figur des Mädchens erfreute durch heitere Kindlichkeit des Tons.

Kulturbörse und Sortimentenzuschlag. Zu den wichtigsten Fragen, die augenblicklich den deutschen Buchhandel und alle, die an ihm interessiert sind, beschäftigen, der Frage der Kulturbörse, abgabe, die die wirtschaftliche Befundung der geistigen Urheber ermöglichen soll, und des Abbaues der Sortimentenzuschläge, der zur Wiederherbeibringung geordneter Verhältnisse für die Preisberechnung der Bücher für nötig geachtet wird, liegen jetzt zwei wichtige neue Tatsachen vor.

Die Vereinigung der deutschen Kunstverleger hat (natürlich) gegen die Kulturbörse Stellung genommen. Ihr Beschluß weist darauf hin, daß Kunstverleger schon mit der erhöhten Umsatzsteuer von 15 Prozent in der Mehrzahl belastet sind. Können nun noch die 10 Prozent für die Kulturbörse hinzukommen, so würde das nach Ansicht der Kunstverleger eine solche Verteuerung ihrer Arbeit bedeuten, daß das einer Unterbindung der Veröffentlichung von Kunstwerken in Form von graphischen Blättern, Plakaten, Postkarten usw. gleichkäme. Man wird diesen Einpruch, besonders im Hinblick auf die immer noch bestehende „Auguststeuer“ für Kunst zu beachten haben, sich aber fragen müssen, ob dann nicht, wie längst wünschenswert, eben die Auguststeuer auf diesem Gebiete zu fallen hätte.

Die Vereinigung schönwissenschaftlicher Verleger hat nunmehr den viel umstrittenen Vertrag, der die im Kriege eingeführten Steuerzuschläge für den Sortimentenbuchhandel aufhebt und dafür die Ladenbuchhändler durch günstigere Rabattierung entschädigt, in Kraft treten lassen. Für Buchkäufer wird das zur Kontrolle der immer noch sehr unregelmäßigen Preisberechnung dienlich sein können. Der Vereinigung gehören allerdings eine Reihe großer Verlage, z. B. Insel, S. Fischer, Georg Müller, Bruno und Paul Cassirer, Piper und viele andere nicht an. Andererseits hat die Deutsche Buchhändlergilde, ein Sortimenterverband, in überwiegender Mehrheit erklärt, sie wolle sich dem genannten Vertrag nicht anschließen. So ist auch hier die Lage immer noch unklar, trotzdem eine schnelle Eingangs im Interesse nicht nur des Gesamtbuchhandels, sondern auch vor allem der ganzen buchverkauften Leserschaft wäre.

Karl Marx als Pornograph. Die städtische Bibliothek in Budapest gahnt früher als eine Musteranstalt für soziale und sozialistische Literatur. Nach dem Sturz der Diktatur suchten die ungarischen Konterrevolutionäre dieses Aergernis zu beseitigen und es wurden auf dem Hofe der Bibliothek viele tausend sozialistische und kommunistische Bücher und Zeitschriften verbrannt. Da man sich aber offenbar schämte, auch die Werke von Karl Marx zu vernichten, so verteilte man auf den originellen Kunstweg, sämtliche Schriften des wissenschaftlichen Begründers der Sozialdemokratie für „erotisch“ zu erklären und sie in dem geheimen pornographischen Gistschrank neben Boccaccio, Casanova und Panizza unterzubringen.

Wackerlich bei der Geschichte macht sich daher nur, wer frampst auf der Fiktion festhält, daß die Flaggenfrage mit Politik nichts zu tun hätte, also z. B. Paul Müller.

Ein Erfolg der Kommunisten.

Die kommunistische Bewegung stolpert von Erfolg zu Erfolg. Jetzt ist es ihr gelungen, in Halle a. d. S. eine Versammlung, in der Genosse Doebe sprach, zu sprengen. Hoffentlich ist es den Kommunisten auch möglich geworden, als Sieger eine revolutionäre Resolution anzunehmen. Aber auch ohnedies freuen sich die Rechtsblätter herzlich über den Erfolg der Kommunisten. Die „Tägl. Rundschau“ zum Beispiel sieht schon den sozialdemokratischen Reichspräsidenten auf der Flucht.

Keine lästigen Ausländer.

Wie das Wiener Ungarblatt „Besz Magyar Ujsag“ meldet, soll sich Berchtold seit einiger Zeit in München aufhalten und seine Reise aus der Schweiz nach München soll mit den verschiedenen monarchistischen Verschwörungsplänen im Zusammenhang stehen. Die Agitation für eine unter der Führung der Habsburger und Wittelsbacher stehende monarchistische Donaukonföderation hat ihren Sitz in München. Nach dem „B. M. U.“ wurde dem Berchtold die Reise nach München von denselben politischen Stellen möglich gemacht, wie dem anderen Habsburgeragenten Friedrich Wieser, der bekanntlich mit einem diplomatischen Paß einige Wochen zuvor, als der Osterputsch zustande kam, nach München fuhr.

Was könnte auch gegen die Einreise Berchtolds einzuwenden sein? Er hat ja bloß den Weltkrieg entzündet.

Zu der Behauptung der Münchener Fremdenpolizei, daß die russische Protokolle wegen Kreiskind-Deutschmann noch nicht nach Bayern gelangt sei, hören die B.P.N. an zuständiger Stelle, daß die bayerische Vertretung in Berlin bereits in der vorigen Woche von dem Protokoll der Sowjetdelegation in Kenntnis gesetzt worden ist. Außerdem ist der Vertreter der Reichsregierung in München beauftragt worden, bei der bayerischen Regierung um Aufklärung des Sachverhalts zu ersuchen.

Feinde der Beamenschaft.

Aus Beamtenkreisen gehen uns folgende beachtenswerten Ausführungen zu:

In der Freitagmorgenausgabe des „Vorwärts“ wurde ein Artikel der „Berlisch-Märkischen Zeitung“ Nr. 308: „Steuermoral und Steuerflucht“ kritisch besprochen. Wie noch erinnert sein dürfte, wurden von diesem Blatt Erwerbslosenfürsorge und Beamtengehälter als unproduktive Ausgaben bezeichnet. Daß dies eine vollständige Verkennung der Tatsachen, ja eine Beschimpfung der Erwerbslosen und der Beamten ist, braucht hier nicht eingehend erörtert zu werden. Das Unternehmerorgan sucht durch diese Behauptung die Steuerflucht der Geldsackpatrioten zu beschönigen. Was die Beamtengehälter anbelangt, so möchte man die Herren Unternehmer darauf hinweisen, daß ein sehr großer Teil der Beamenschaft — erwähnt seien nur die Bahn- und Postbeamten — Wiederaufbauarbeit im besten Sinne des Wortes leisten. Die Schlotbarone wissen ganz genau, was für wichtige Faktoren Bahn und Post für unser Wirtschaftsleben sind. Die Beamenschaft aber kann an dieser Auffassung des Schatzmachereibes erkennen, in welchem Lager ihre Feinde zu finden sind. Während die ärmsten Schichten des Volkes, Arbeiter, Angestellte und Beamten, bis zur Anspannung der letzten Kräfte zum Wiederaufbau herangezogen werden, suchen die Schutzherrn des Großkapitals, Herr Helfferich an der Spitze, die ihnen nahe stehenden Kreise von der Pflicht zur Erfüllung soweit wie möglich zu befreien. Die Beamenschaft möge hieraus die Lehre ziehen, gemeinsam mit den übrigen Arbeitnehmern eine einheitliche Front gegen die Ränke des Großkapitals zu bilden.

Die Kammerwahlen in Portugal sind ruhig verlaufen. Die Regierungskandidaten haben überall die Mehrheit bekommen.

Lehrermangel in Neupolen. Die Zahl der zum Teil noch seit dem Kriege unbesetzten deutschen Lehrstellen im Regegau ist sehr groß. Die Kinder in manchen deutschen Gemeinden sind schon jahrelang ohne Beschulung.

kommunistische Bücher und Zeitschriften verbrannt. Da man sich aber offenbar schämte, auch die Werke von Karl Marx zu vernichten, so verteilte man auf den originellen Kunstweg, sämtliche Schriften des wissenschaftlichen Begründers der Sozialdemokratie für „erotisch“ zu erklären und sie in dem geheimen pornographischen Gistschrank neben Boccaccio, Casanova und Panizza unterzubringen.

Aber auch damit waren die armen Horth-Seelen noch nicht beruhigt, und so hat jetzt, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet, der Führer der Budapest Gemeinde der beherrschenden christlich-nationalen Partei, Karl Wolff, den Antrag gestellt, daß der Bücherbestand der städtischen Bibliothek noch einmal dringend überprüft werde, und er werde dann diejenigen Bücher auswählen, die man im Interesse der geistigen Befreiung auf einem Scheiterhaufen verbrennen müsse. Der Bürgermeister Buzach erklärte, daß die Ausmusterung der Bücher im Gange sei. Bei der Ausmusterung wurde einigen wissenschaftlichen Werken zwar Gnade erteilt, aber dafür gefordert, daß diese Werke dem Publikum nicht zugänglich seien. Der Direktor der Bibliothek fügte den Worten des Bürgermeisters hinzu, daß „in der Bibliothek die vom liberalen Geiste durchdrungenen Werke schon ausgelesen sind und daß diese von jetzt ab den Lesern nicht mehr zur Verfügung stehen werden.“ Diese Erklärungen wurden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen, der dann auch den formellen Antrag des Wolff, die ausgewählten gefährlichen Bücher zu verbrennen, annahm.

Vor kurzem repte der englische Gesandte in Budapest an, England möge wissenschaftliche Bücher nach Ungarn schicken, um die dort herrschende geistige Not zu bekämpfen. Hoffentlich überlegen sich die Engländer die Sache gründlich, bevor sie wertvolle Sendungen abgehen lassen, die von den dort hausenden Bandalen nachher als Brennmaterial benutzt werden.

Italienische Dipern im Elß. Man schreibt uns: Aus Strassburg i. E. kam zur letzten eine Meldung, die besonderer Beachtung wert ist. Dr. Vogelweid vom Strassburger Zoologischen Institut hat nämlich in der Nähe von Birt im elßischen Jura ein aufsehend großes Exemplar der Vipera aspis — italienische Dipern — gefangen. Es handelt sich hier um eine äußerst rabiate Giftschlange, die schlimmer als die Kreuzotter ist. Sie wird bis zu 75 Zentimeter lang. Die italienische Dipern ist im Süden zu Hause und vertritt dort im Laufe der Zeit durch die großen Alpenpässe ins mittlere Europa eingewandert. Im Gebiete des Deutschen Reichs war ihr Vorhandensein vor dem Kriege nur in Böhmen und im südlichen Schwarzwald festgestellt, in ersterem auch nur in der Umgebung von Reg.

Der Fund von Birt beweist, daß diese Dipern nun auch im Elß sich zu verbreiten droht. Sie ist im Winter Gebiet entweder durch die Senke von Belfort aus Frankreich oder durch Jura aus der Schweiz eingewandert. Ihr Biß ist tödlich, wenn nicht zeitigen Gegenmittel angewendet werden. In Süddeutschland ist leider überdies auch noch eine andere gefährliche Giftschlange eingewandert; die Epigotter, die man jetzt im südlichen Bayern antrifft.

Die Roter-Bahnen haben den „Traumulus“ von Krasnopol und Dsitar Gersz als Wiederaufbauarbeit ernannt.

Schiffer über Leipzig.

Vor Vertretern der deutschen und ausländischen Presse gab heute vormittag der Reichsjustizminister Schiffer eine Erklärung ab, in der gesagt wird:

Die Reden des französischen Ministerpräsidenten enthielten in letzter Zeit in ganz auffälliger Art Unfreundlichkeiten und Angriffe gegen Deutschland. Durch diese von uns keineswegs provozierten Eingriffe wurde zum mindesten der Eindruck erweckt, als ob dadurch immer aufs neue der Haß und die Leidenschaft der Kriegszeit wieder aufgeführt werden sollte, um eine Grundboge für die Fortsetzung einer

Politik der Gewalt gegen Deutschland

zu schaffen. Nachdem das Ultimatum nicht nur angenommen ist, sondern in wesentlichen Teilen (Entwaffnung, Zahlung einer Milliarden Goldmark usw.) schon erfüllt ist, ist wirklich nicht zu verstehen, was die ständig wiederkehrenden Angriffe auf die deutsche Regierung bedeuten sollen, deren besserer Wille zur Erfüllung der schweren Bedingungen selbst von französischer Seite nicht mehr bezweifelt werden kann. Allen diesen Angriffen gegenüber hat sich die deutsche Regierung bisher die größte Reserve auferlegt, weil sie angesichts der gewaltigen realen Probleme es nicht für angemessen hielt, sich in eine unfruchtbare Polemik einzulassen. Jetzt aber hat Herr Briand die Grenzen überschritten. Auf

die Beleidigungen,

die er der deutschen Rechtspflege zugefügt hat, kann ich als Chef der Reichsjustizverwaltung nicht schweigen, und ich darf um so eher reden, als mir ein Einfluß auf die Ausübung des Richteramtes nicht zusteht.

Ich würde also nicht etwa für mich selbst sprechen, wenn ich für die Träger dieses Amtes eintrete. Nach Zeitungsberichten hat Herr Briand die Leipziger Prozesse als einen Skandal, als eine Parodie der Gerechtigkeit, als eine Komödie bezeichnet. Wenn diese Nachrichten zutreffen, so stehe ich nicht an, ihm zu sagen, daß er in nicht zu verachtender Weise mit seinen Mitmenschen umgegangen ist. Die Ehre des Richters ist seine Unparteilichkeit. Herr Briand spricht sie dem höchsten deutschen Gerichtshof ab, wenn er behauptet, daß er ein Theaterstück aufgeführt, also ein abgekartetes Spiel getrieben habe. Eine Verdächtigung, die ohne den Schein eines Beweises in die Welt geschleudert ist!

Oder genügt Herrn Briand schon die Tatsache, daß die Urteile des Reichsgerichts nicht so ausgefallen sind, wie eine leidenschaftlich erregte propagandistisch aufgepeitschte Stimmung in Frankreich es erhofft hatte? Glaubt er, daß das Reichsgericht die Angeklagten lediglich der Anklage entsprechend zu verurteilen hatte? Wenn es so gewesen wäre, dann allerdings wäre das Verfahren vor dem Reichsgericht wirklich nur ein Theaterstück, eine Komödie gewesen, zu der sich ein deutsches Gericht niemals hergeben hätte.

Aber dem ist nicht so. Artikel 228 des Friedensvertrages setzt Anklage und Beurteilung keineswegs gleich, sondern verlangt Bestrafung nur für den Fall, daß der Angeklagte auch wirklich für schuldig befunden wird.

Herr Briand mag enttäuscht gewesen sein, daß die Hauptverhandlung vor dem Reichsgericht nicht überall das Ergebnis der Ermittlungen bestätigt hat, die zur Erhebung der Verdächtigung geführt hatte. Indes weiß jeder Jurist, wie oft dies der Fall ist, und auch der Richter wird begreifen, daß das hier um so leichter der Fall sein kann, als es sich um Vergehen handelt, die viele Jahre zurückliegen und sich unter Umständen abgeklärt haben, wie sie einer objektiven Wahrnehmung und Wiedergabe sicherlich nicht günstig waren. Dafür aber, daß

das Verfahren gründlich und gewissenhaft

unter genauer Beobachtung strengster Unparteilichkeit gehandhabt worden ist, liegen so zahlreiche und gewichtige Zeugnisse unvoreingenommener, auch nichtdeutscher Teilnehmer vor, um jede Vermänglung von vornherein als aussichtslos erscheinen zu lassen.

Herr Briand mag die gefällten Urteile als irrig angreifen. Das bleibt ihm unbenommen, da alle Menschen irren können; aber denen, die sie erlassen haben, das ehrliche Bestreben nach Gerechtigkeit abzuspüren, dazu hat er sein Recht. Die Unparteilichkeit, die Unabhängigkeit und strenge Sachlichkeit der deutschen Rechtspflege, insbesondere des höchsten Gerichtshofes, ist der Welt bekannt, und ihr wohlverdienter Ruf wird durch die von der Presse mitgeteilte Inzweiflung des französischen Ministerpräsidenten nicht erschüttert werden. Wenn sie sich aber im Widerspruch zu der öffentlichen Meinung Frankreichs befindet, so möge Herr Briand sich erinnern, wie oft die öffentliche Meinung seines Landes sich im Widerspruch zu der eigenen Justiz befunden hat. Nur in einer Beziehung mag man mit Herrn Briand die Leipziger Prozesse ein Drama, freilich nicht eine Komödie, sondern eine Tragödie nennen dürfen, nämlich insofern, als Deutschland alle seine Kriegsverbrechen zur Verantwortung zieht und sich nicht einmal auf die in der Liste angeführten Personen beschränkt, sondern, seiner Gesetze gehorcht, jeden begründeten Verdacht von sich aus verfolgt. Dem kann Herr Briand nachsehen, wenn er diejenigen seiner Landsleute unter Anklage stellt, die als eines Kriegsverbrechens verdächtig bezeichnet werden. Tut er das nicht, so möge er wenigstens darauf verzichten, durch seine Äußerungen den Völkernach noch zu vermehren, der durch die prozeduralen Aufwühlung einer traugigen und schreckensvollen Vergangenheit ohnedies stets aufs neue geführt wird.

Der Prozeß Dithmar-Soldat vor dem Reichsgericht.

Der zweite Tag begann mit der Vernehmung weiterer Zeugen. Kanakoth Walter Popitz aus Brunsbüttelkoog, der Steuermann auf U 86 war, gibt an, daß das Unterseeboot die „Mandover Castle“ längere Zeit verfolgt und als Hospitalschiff erkannt hatte. Die Möglichkeit, das Schiff anzuhallen und zu durchsuchen, bestand für U 86 nicht. Hospitalschiffe wurden, sagt der Zeuge, zu einer Gefahr für Unterseeboote, doch gibt Popitz zu, bis dahin keinen Fall kennengelernt zu haben, daß Hospitalschiffe sich als U-Boote-Fallen betätigten. Hinsichtlich des Inhalts der „Mandover Castle“ war der Kommandant des U-Bootes auf allgemeine Vermutungen angewiesen. Der Zeuge und der Angeklagte Dithman rieten dem Kommandanten Popitz an,

das Schiff nicht zu torpedieren.

Popitz ärgerte zunächst auch längere Zeit, entschloß sich dann aber doch zur Torpedierung. Nur einer der beiden abgegebenen Schüsse traf Wirtschiff. Eine Explosion hat der Zeuge gehört. Nachträglich wollte Kapitänleutnant Popitz feststellen, ob seine Vermutung, daß das Lazarettschiff mißbraucht werde, sich bestätigte. Bei dieser Untersuchung Menschenleben zu retten, war nach Ansicht des Zeugen nicht möglich, schon wegen des beschränkten Raumes im U-Boot. In einer Entfernung von etwa 500 bis 600 Metern vom Hospitalschiff schwammen eine Anzahl Menschen, die wahrscheinlich ihre Rettungsboote verloren hatten. Dann erschienen auch Boote und Flöße. Daß ein Boot an der Aufnahme von Schiffsbrüchigen verhindert worden ist, hat der Zeuge nicht beobachtet. Der Kommandant des U-Bootes hatte angenommen, daß sich auf dem Hospitalschiff amerikanische Fliegeroffiziere befunden hätten. Der an Bord

des U-Bootes genommene Kommandant der „Mandover Castle“ versicherte aber, daß sich an Bord des Schiffes nichts Unerlaubtes befunden habe. 2 oder 3 Rettungsboote wurden untersucht, wobei versehentlich das erste Boot noch einmal angerufen wurde. Als von dem U-Boot Schüsse fielen, wurde dem Zeugen gesagt, die Leute sollten unten bleiben. Der Zeuge befand sich während der ganzen Schießerei im unteren Schiffsraum. Auf Veranlassung des Kommandanten sollte über die Verletzung nicht gesprochen werden. Kapitänleutnant Popitz habe erklärt, er nehme

die Sache auf sein Gewissen.

Popitz war nach Ansicht des Zeugen ein sehr tüchtiger Soldat; von den beiden Angeklagten hat der Zeuge Popitz die beste Meinung. (Fortsetzung folgt in der Morgenausgabe.)

Schutz der französischen Flagge.

Der Polizeipräsident teilt mit: Am diesjährigen französischen Nationalfeiertag, Donnerstag, den 14. Juli, wird auf den Gebäuden der Französischen Botschaft am Pariser Platz und des Französischen Konsulats in der Reichsstraße wieder in üblicher Weise die französische Flagge gehißt. Der Polizeipräsident von Berlin hat die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung von Vorkommnissen getroffen, wie sie sich im vergangenen Jahre am 14. Juli unter den Umständen ereignet haben. Ansammlungen und Kundgebungen vor der Botschaft und vor dem Konsulat werden mit allen polizeilichen Mitteln von vornherein verhindert. Von der Einflucht der Berliner Bevölkerung darf erwartet werden, daß sie vor den französischen Amtsgebäuden auch ohne polizeiliches Eingreifen das nötige Maß von Zurückhaltung walten wird.

Groß-Berlin

Der Raubmord bei Königswusterhausen.

Das Geschehnis der verhafteten Raubmörder.

Die wegen der Ermordung der 30 Jahre alten Ehefrau des Geschäftsführers Krell aus der Fürtter Straße 11a verhafteten Burschen, der 27 Jahre alte, aus Neudölln gebürtige Arbeiter Friedrich Koppe und der 22 Jahre alte aus Wildbomm bei Stettin stammende Arbeiter Wilhelm Freimuth, wurden noch in der vergangenen Nacht einem eingehenden Verhör unterzogen. Wie schon mitgeteilt, mußten beide ihr Zeugnis angesichts des erdrückenden Beweismaterials bald abgeben. Sie gestanden dann auch ein, die Frau Krell ermordet und beraubt zu haben, doch schiebt der eine dem anderen die Hauptschuld zu.

Nach der Darstellung des Freimuth ist der Plan von seinem Spießgesellen Koppe ausgegangen. Beide Burschen verbrühten im Frühjahr 1920 gemeinsam eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls und anderer Straftaten. Sie blieben auch noch in Verbindung, als Koppe entlassen wurde, während Freimuth noch eine Zeitlang hinter Gefängnismauern zugebrungen hatte. Schon im Gefängnis hatte Koppe nach der Darstellung des Freimuth davon gesprochen, daß er eine Frau in Berlin kenne, bei der „was zu machen sei“. Diese habe ihn um 50 000 Mk. betrogen und an ihr wolle er sich rächen. Er beschloß dann Freimuth noch mehrmals im Gefängnis und auch in Wildbomm, als er Urlaub erhalten hatte und sich bei seiner Mutter aufhielt. Dort habe Koppe ihn bewogen, mit nach Berlin zu kommen, um das „Ding zu brechen“. Er erklärte aber, daß Koppe nicht davon gesprochen habe, daß er die Frau ermorden wolle. Beide fuhren dann gemeinsam nach Berlin. Freimuth schrieb dann nach dem Diktat des Koppe einen Brief, den er bei der Frau Krell in der Wohnung abgab. Die Frau öffnete auch den Brief, erklärte aber, daß sie darauf nicht reagieren könne, weil sie die Unterschrift nicht kenne. Daraufhin mußte dann Freimuth einen zweiten Brief stellen und ihn mit „Leonhard“ unterschreiben. Koppe mußte, daß dieses der Borne eines Kaffeehausmüllers war, mit dem Frau Krell in Verbindung stand. Er bestellte sie in dem Schreiben nach einem Kaffee im Westen der Stadt, wohin die Frau sich auch zu der angelegten Zeit begab. Dort trat dann Koppe, den sie von früher her kannte, an sie heran und sagte ihr, daß er den Brief geschrieben habe und „Leonhard“ nicht komme. Er erklärte ihr weiter, daß er „ein großes Ding abgefahren habe“ und daß er die Beute im Walde bei Königswusterhausen vergraben habe, sie solle dorthin mitkommen. Während Koppe mit der Frau Krell am 24. Mai d. J. in einem gemeinsamen Abteil vom Bahnhof Zoologischer Garten abfuhr, nahm Freimuth in einem Nebenabteil Platz.

In Königswusterhausen ging Koppe mit Frau Krell nach dem Walde zu und Freimuth folgte ihnen, doch will er das Paar aus den Augen verloren haben. Dann aber habe ihn Koppe wieder getroffen und ihm gesagt, „Jetzt ist es soweit“. Koppe sei dann nach dem Gebüsch zurückgekehrt, in dem sich Frau Krell niedergelassen habe. Dort habe er sich neben sie gesetzt und sie erzwungen, indem er ihr mit beiden Händen den Hals umklammerte. Freimuth, der diesen Vorgang beobachtete, ging dann hinzu, nahm der Toten die Schmuckstücke ab und auch die Ringe von den Fingern, und beide schlepten die Leiche dann an ein Wasser, in das sie sie hineinwarfen. Dann fuhren sie nach Berlin zurück, wo sie die geraubten Sachen durch Vermittlung von Strohmädchen verkauft und zwar einen Ring für 400 Mark und einen Ohrring für 1000 Mark. Eine Eisenkette, die sie der Toten abnahmen und einem Strohmädchen schenkten, wurde dann zu ihrem Verhängnis. Diese Kette wurde gestern Abend von dem Chemann der Ermordeten einwandfrei wiedererkannt. Den Erlös aus den Schmuckstücken teilten sich die Mörder und teilten sich von dem Gelde neu ein.

Eine Schweichel-Ehrung

Am Grabe Schweichels hatten sich gestern die Schöneberger Parteigenossen zu einer Kranzniederlegung eingefunden. Die schlichte Feier wurde mit dem Liede „Dort unten ist Friede“ von Mitgliedern des Schöneberger Männerchors eingeleitet. Darauf nahm der Bezirksverordnete Kapar das Wort und würdigte das Schicksal Schweichels. Er wies darauf hin, daß Schweichel unter dem Sozialistengesetz zu leiden hatte. Als Lehrer der Arbeiterbildungsstätte hat er sich große Verdienste um das Proletariat erworben. Schweichel ist nicht tot, sein Geist lebt weiter. Im Namen der Schöneberger Genossen legte Genosse Buchholz hierauf einen prächtigen Kranz von roten Rosen und Nelken mit roter Schleife nieder. Damals, 1907, als wir Schweichel zur letzten Ruhe geleiteten, stand die geehrte Arbeiterkassette unter Führung Webers und Singers am Grabe. Heute haben die anderen Parteien nicht mehr an diesen Tag gedacht, und Schweichel, der für die gesamte Arbeiterkassette gestrebt hatte, würde unter der jetzigen Zerrissenheit bitter leiden. Und trotzdem, eines Tages werden wir wieder einsig sein und gemeinsam den Kampf gegen das Bürgerium führen. Dies sei sein letzter Gruß. Mit einem Gesangsbeitrag schloß die würdige Feier.

Verlängerung der Polizeistunde.

Der 12-Uhr-Schluß der Gastwirtschaften in Berlin wird nach wie vor von allen Interessenten als dem heutigen Berliner Wirtschaftsleben unangemessen empfunden. Den verschiedenen Organisationen der von der frühen Polizeistunde betroffenen Gewerbe ist es gelungen, die Einstellung neuer Verhandlungen im Polizeipräsidium zu erreichen, in deren Mittelpunkt die Erörterung über eine Verlängerung der Polizeistunde stehen wird. Auch ein Vertreter des Ministeriums des Innern nimmt an den Besprechungen teil. Es wurde vorgeschlagen, die Bundesratsverordnung über die

12-Uhr-Polizeistunde aufzuheben und durch Trösch anzuerkennen, daß die Theater wie früher erst um 11 Uhr abends Spielschluß zu haben brauchen, während für Kinos der 12-Uhr-Schluß und für die Gastwirtschaften aller Art die 11-Uhr-Polizeistunde vorgegeben werden soll. Wenn auch in diesen Verhandlungen bestimmte Beschlüsse noch nicht gefaßt worden sind, so darf doch angenommen werden, daß der Vorschlag die Billigung der Behörden finden wird.

Eine Jahrslandwanderung tritt vom 18. d. M. ab auf der Strecke Berlin-Spandau-Rauen ein. Der Vorortzug 4658 wird von diesem Tage ab erst um 6.03 Uhr vorm. abfahren, so daß der bisherige Aufenthalt in Rauen fortfällt. — Vom 26. d. M. ab fährt der Zug, bisher ab Wandsdorf 10.42 Uhr vorm., erst um 10.44 und trifft entsprechend später um 10.54 vorm. auf dem Potsdamer Ringbahnhof ein.

Sport.

Kennen zu Grunewald. Der Besuch war mäßig. Die ersten Rennen sind nicht sonderlich stark besetzt. Es ergaben sich aber im Laufe des Rennens interessante Einzelheiten.

1. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Der Ego (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 2. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 3. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 4. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 5. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 6. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 7. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 8. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 9. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10. 10. Rennen. 1. Fuhnen (H. G. G.), 2. Dux (H. G. G.), 3. Dux (H. G. G.). Tot: 13:10, Pl. 13:10.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, Mittwoch, den 13. Juli:

22. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Senefelder Straße 6. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 2. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 3. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 4. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 5. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 6. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 7. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 8. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 9. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 10. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 11. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 12. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 13. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 14. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 15. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 16. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 17. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 18. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 19. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 20. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 21. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 22. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 23. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 24. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 25. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 26. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 27. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 28. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 29. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 30. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 31. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 32. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 33. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 34. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 35. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 36. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 37. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 38. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 39. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 40. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 41. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 42. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 43. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 44. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 45. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 46. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 47. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 48. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 49. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 50. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 51. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 52. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 53. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 54. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 55. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 56. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 57. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 58. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 59. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 60. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 61. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 62. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 63. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 64. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 65. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 66. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 67. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 68. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 69. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 70. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 71. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 72. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 73. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 74. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 75. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 76. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 77. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 78. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 79. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 80. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 81. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 82. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 83. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 84. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 85. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 86. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 87. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 88. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 89. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 90. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 91. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 92. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 93. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 94. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 95. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 96. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 97. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 98. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 99. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 100. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 101. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 102. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 103. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 104. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 105. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 106. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 107. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 108. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 109. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 110. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 111. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 112. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 113. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 114. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 115. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 116. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 117. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 118. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 119. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 120. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 121. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 122. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 123. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 124. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 125. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 126. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 127. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 128. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 129. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 130. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 131. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 132. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 133. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 134. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 135. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 136. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 137. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 138. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 139. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 140. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 141. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 142. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 143. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 144. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 145. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 146. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 147. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 148. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 149. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 150. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 151. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 152. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 153. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 154. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 155. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 156. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 157. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 158. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 159. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 160. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 161. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 162. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 163. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 164. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 165. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 166. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 167. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 168. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 169. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 170. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 171. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 172. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 173. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 174. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 175. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 176. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 177. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 178. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 179. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 180. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 181. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 182. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 183. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 184. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 185. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 186. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 187. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 188. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 189. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 190. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 191. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 192. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 193. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 194. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 195. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 196. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 197. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 198. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 199. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 200. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 201. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 202. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 203. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 204. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 205. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 206. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 207. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 208. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 209. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 210. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 211. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 212. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 213. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 214. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 215. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 216. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 217. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 218. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 219. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 220. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 221. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 222. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 223. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 224. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 225. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 226. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 227. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 228. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 229. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 230. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 231. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 232. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 233. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 234. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 235. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 236. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 237. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 238. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 239. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 240. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 241. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 242. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 243. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 244. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 245. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 246. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 247. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 248. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 249. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 250. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 251. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 252. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 253. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 254. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 255. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 256. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 257. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 258. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 259. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 260. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 261. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 262. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 263. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 264. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 265. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 266. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 267. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 268. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 269. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 270. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 271. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 272. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 273. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 274. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 275. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 276. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 277. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 278. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 279. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 280. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 281. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 282. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 283. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 284. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 285. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 286. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 287. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 288. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 289. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 290. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 291. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 292. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 293. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 294. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 295. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 296. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 297. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 298. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 299. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 300. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 301. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 302. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 303. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 304. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 305. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 306. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 307. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 308. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 309. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 310. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 311. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 312. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 313. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 314. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 315. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 316. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 317. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 318. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 319. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 320. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 321. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 322. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 323. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 324. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 325. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 326. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 327. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 328. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 329. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 330. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 331. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 332. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 333. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 334. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 335. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 336. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 337. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 338. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 339. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 340. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 341. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 342. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 343. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 344. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 345. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 346. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 347. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 348. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 349. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 350. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 351. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 352. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 353. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 354. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 355. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 356. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 357. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 358. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 359. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 360. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 361. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 362. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 363. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 364. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 365. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 366. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 367. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 368. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 369. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 370. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 371. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 372. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 373. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 374. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 375. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 376. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 377. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 378. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 379. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 380. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 381. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 382. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 383. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 384. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 385. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 386. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 387. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 388. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 389. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 390. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 391. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 392. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 393. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 394. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 395. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 396. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 397. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 398. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 399. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 400. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 401. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 402. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 403. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 404. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 405. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 406. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 407. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 408. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 409. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 410. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 411. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 412. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 413. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 414. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 415. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 416. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 417. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 418. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 419. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 420. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 421. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 422. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 423. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 424. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 425. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 426. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 427. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 428. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 429. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 430. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 431. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 432. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 433. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 434. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 435. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 436. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 437. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 438. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 439. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 440. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 441. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 442. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 443. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 444. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 445. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 446. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 447. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 448. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 449. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 450. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 451. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 452. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 453. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 454. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 455. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 456. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 457. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 458. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 459. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 460. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 461. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 462. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 463. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 464. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 465. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 466. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 467. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 468. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 469. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 470. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 471. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 472. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 473. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 474. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 475. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 476. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 477. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 478. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 479. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 480. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 481. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 482. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 483. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 484. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 485. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 486. Bericht über die Tätigkeit der Parteizentrale. 487. Bericht über die Tätigkeit der Parteiz

wird, kann ihn bald auch der Einfältigste auswendig. Führt man die kommunistische These von der proletarischen Revolution auf ihren wahren Wert zurück, vergegenwärtigt man sich, daß die Kommunisten die Todfeinde der Gewerkschaftstätigkeit, vielmehr darauf bedacht sind, die Gewerkschaftsorganisationen zu den Zwecken der Moskopolitik zu mißbrauchen, zu unausgeheilten Fäulnissen, die sie als Einleitung ihrer „proletarischen Revolution“, der „Weltrevolution“ nach dem Moskauer Kalender betreiben, dann kann die Antisemitische Internationale nur stolz darauf sein, von dieser Seite als der gefährlichste Feind des Moskauer Größenwahns der Welt diktatur über das Proletariat bezeichnet zu werden. Die moskowitzischen Frechheiten und Begehrungen der kommunistischen ABC-Schützen gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sind mit als Ausdruck der Ohnmacht zu bewerten, in der sich trotz des russischen Kubeis die papierne „Rote“ Internationale befindet.

Die Lehrer des kommunistischen Moskauer ABC vergessen immer wieder, daß sie in den westeuropäischen Ländern weder Analphabeten noch gewerkschaftliche ABC-Schützen vor sich haben. Sie könnten sich sonst viele vergebliche Mühe ersparen.

An die Buchhandlungs-Angestellten.

Die freigewerkschaftlich organisierten Buchhandlungsangestellten (wie die Angestellten der Musikalienhandlungen usw.) versammeln sich Freitag, abends 7½ Uhr, im Börsenlokal des Musikvereins, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, um zu den neuen Tarifvorberungen Stellung zu nehmen und darüber zu beschließen. Zugleich soll diese Versammlung auch die weiteren technischen Arbeiten erledigen für die endgültige Durchführung der Verschmelzung zwischen den Ortsgruppen des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsvertriebes und des Zentralverbandes der Angestellten.

In der Versammlung werden reden: Hans Meyer, Erich Platau, James Feldbrach.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 66 Ziffer 6 BRG, Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmererschaft.

Durch die Presse läuft folgende Notiz:

Zur Schadenerschaft des Arbeiterrats fällt das Landgericht Dresden gegen den Arbeiterrat einer Firma ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung. Aus Anlaß einer Streitigkeit mit der Betriebsleitung forderte der Arbeiterrat die sofortige Entlassung eines Werkmeisters unter gleichzeitiger Streikandrohung für den Weigerungsfall. Der entlassene Werkmeister verklagte die Firma und

erzielte ein Urteil auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 3000 M. Die Firma ihrerseits verklagte den Arbeiterrat auf Schadenersatz nach § 823 BGB. Dieser Klage gab das Gericht statt und verurteilte den Arbeiterrat als Gesamtschuldner zum Ersatz des Schadens einschließlich der Zinsen. In dem Verlangen des Arbeiterrats, den Werkmeister sofort zu entlassen, widersprach ein Streik einlegen werde, erklarte das Gericht einen Verstoß gegen die guten Sitten. Der gerichtliche festgelegte Schaden muß von dem Arbeiterrat erlegt werden, da es sich um eine gemeinschaftliche unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 823 und 826 Abs. 1 des BGB. handelt.

Nach § 65 Ziffer 6 des BRG. sollen die Betriebsräte für die Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmererschaft eintreten. Es kann, wenn sie dies nicht tun, nach § 39 bzw. § 41 unter Umständen auf Antrag das Erlöschen der Mitgliedschaft eines Vertreters des Betriebsrats bzw. die Auflösung des Betriebsrats wegen groblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten durch den Schlichtungsausschuß beschlossen werden.

Die freien Gewerkschaften haben sich niemals des sogenannten „Terror“, sondern stets der Aufklärung bedient, um unorganisierte oder gegen die Interessen ihrer eigenen Klasse handelnde Arbeitnehmer zu überzeugen. Wenn in Ausnahmefällen von den Kollegen eines Betriebes einmal anders gehandelt wird, so ist dies noch kein Grund, diese Kollegen schadenersatzpflichtig zu machen; denn es besteht ja andererseits auch für den Unternehmer kein gesetzlicher Zwang, sich einem angeblichen Terror seiner Belegschaft zu fügen.

Bei den Unternehmern selbst und in ihren Vereinigungen ist im Gegensatz zu den bei den Arbeitnehmern üblichen Kampfmethoden der Terror eine allgemein angewandte Maßnahme, um renitente Unternehmer „zur Vernunft“ zu bringen. Die meisten Arbeitgebervereinigungen erheben hohe Konventionalstrafen, falls ein der betreffenden Vereinigung angehörender Unternehmer andere Preisabmachungen mit seinen Kunden oder bessere Lohnabmachungen mit seiner Belegschaft trifft, als sie von der betreffenden Arbeitgebervereinigung vorgeschrieben sind. Man könnte hier einwenden, daß sich die Mitglieder der betreffenden Vereinigung ja freiwillig diesen Konventionalstrafen unterwerfen bzw. dieselben anerkennen, doch ist diese „Freiwilligkeit“ meistens oder wenigstens in vielen Fällen eine sehr unfreiwillige, da insbesondere schwache Unternehmer wirtschaftlich unumgänglich gemacht würden, wenn sie sich diesen Bestimmungen nicht fügen. Der Kampf gegen Außenfeinde wird insbesondere von den Kartellen, Syndikaten und Trusts mit aller Energie geführt und die dabei zur Anwendung kommenden Mittel sind nur deshalb kein Terror, weil sie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht als solcher bezeichnet werden. Auch gegen freigewerkschaftliche Betriebsräte und Funktionäre gehen die Unternehmer allenfalls mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vor, nur daß die Gründe, die zur

Maßregelung solcher Kollegen führen, von den Unternehmern nicht ausgesprochen, sondern meistens ganz andere Motive vorgeschoben werden. Auch die heute noch nicht ausgestorbenen „schwarzen Listen“ über freireisende oder sonstwie den Unternehmern unangenehme Arbeitnehmer sind letzten Endes weiter nichts als Terror.

Die Betriebsräte sollten sich bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Funktionen an das Betriebsrätegesetz halten, damit ihnen nicht aus einem Verstoß gegen ihre gesetzlichen Pflichten Nachteile erwachsen können.

Den Unternehmern und der bürgerlichen Presse, die über den „Terror“ der Arbeitnehmer schreiben, sollten jedoch die vorangeführten Tatsachen stets vor Augen gehalten werden, denn in Wirklichkeit wird der Terror nicht von den Arbeitnehmern, sondern in allerdings legalisierter Weise von den Arbeitgebern in weitestgehendem Maße nicht nur gegen die Arbeitnehmer, sondern auch unter sich selbst geübt.

Klassenarbeiter, Vertrauensleute, Generalversammlungsdelegierte, Betriebsräte, Betriebskomitees. Donnerstag 3 Uhr. Versammlung im großen Saal, Reichsbankhof, Reichsberger Straße 147. Die Branchenleitung.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Zeitung

1. Klasse 1. Jahrgang 12. Juli 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Oben Gewinn.

Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen

2 zu 125000 M 126457
4 zu 1000 M 122702 248049
2 zu 800 M 221742
4 zu 400 M 107471 158642
19 zu 300 M 78373 94287 110498 118641 161186 169174 176427 226468 268919

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen

2 zu 50000 M 8877
2 zu 10000 M 266281
2 zu 800 M 105186
8 zu 400 M 172240 173700 186528 245145
14 zu 300 M 4189 12812 41050 67020 122498 167754 199158 199999
99970 217401 241987 261398

Verantw. für den Inhalt: Leitf. Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen Dr. W. W. Berlin, Verlag: Reichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichs-Verlag G. m. b. H., Berlin.

LAUSE nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch **PFEIFFEROL**

Lombard-Haus
H. Graff, Leipz. Str. 75 II
Höchste Beilehnung
Diskret., Reelle
Gelegenheits-
käufe, Uhren,
Brillanten,
Schmucksachen.
10-50% unter Ladenpr.

Prismen-Feldstecher
besond. Zeiss u. Goerz werden
ständig angekauft
Photochemie-Steckelmann
Berlin W 9, Potsdamer Str. 138

Brillanten, Juwelen
kauft auch ganze Nachlässe
besonders große Posten
gute Ware, zum höchsten Kurs.
Amsterdamer Diamantenschleifer
Oegr. 1892. 160 Friedrichstr. 160

Künstliches Hörsinnen-Institut
„Recipe“ Adolfsstr. 12a
am Krematorium
behandelt gewissenhaft
innere und äußere Krankheiten
Sprechz. tägl. 9-7, Sonntags 9-1 Uhr. Kulante Zahlungs-
bedingungen. Günstige Fahrgelegenheit.

Schlechtsitzende Korsette

wenden nach jeder Figur, passend unter
Garande, tadelloso umgearbeitet
Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche
jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin - Karlshorst, Irenskow-Allee 83
2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 30
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 28
Ecke Alte Jakobstraße 124B

Zähne von 5 * Erstkl. Ausführung. 5 Jahre
M. Garantie. Umarbeit. alt. Gebisse.
an Reparaturen sofort. Goldkronen-
Grücken, Teilzahl. 9-7, Sonnt. 9-1.
nahe Schön-
hauser Tor.
Hempel, Dentist, Lindenstr. 220,
Zähne 8 M.
Teilszahlung. J. Garant. Kronen 18 M. Plomb.
3-4. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerz-
los. Umarb. schlechthalt. Gebisse. Rep. sof.
Zahnarzt Dr. W. 617, Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 6-7.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe
1 Trauring, Duk. g. von 75 M. an
1/2 Duk. Trauring. 240 M.
1 Ring, 585 gest. von 60-180 M.
1 Ring, 333 gest. von 30-100 M.
Garantiescheine l. gesetzl. Goldinhalt.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch
insolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen!
Brillanten zum Auslandskurs.
M. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 80. Norden 1030
Telephon:

Beginn des Saison-Ausverkaufs Montag, den 11. Juli

Unser Lager beträgt:

20000

Paar

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel und Halbschuhe in schwarz, braun u. andern Farben

Da wir unser kolossales Lager schnell räumen müssen, bringen wir unserer werthen Kundschaft zum Saison-Ausverkauf so unordentlich billige Preise, dass niemand vorsäumen soll, sich schnell 1 Paar Schuhe zu kaufen.

Alles hier anzuführen, ist unmöglich, wir haben in unseren 11 Schaufenstern noch viele Sachen zu noch billigeren Preisen ausgestellt. Sehen Sie sich unsere Schaufenster an. Des großen Andrangs wegen bitten wir, möglichst vormittags zu kaufen.

Einige Beispiele:

Serie I.
Damenstiefel, mit und ohne Lackkappen
Halbschuhe in verschiedenen Sorten
Herrenstiefel, schöne breite Form
Alles moderne Fassons.

69⁵⁰

Serie III.
Ganz feine Luxus-Damenschuhe
in Lack, braun Chevreau, mit rostbraun Samtkalbeinsatz, z. Schnüren, braun Chevreau- und Lackspangenschuhe, Lackschickschuhe, sowie der neue Gummizugschuh u. der neue römische Spangenschuh. Alles feine Sachen mit L. XV. und amerik. Absatz.

135⁰⁰

Serie II
Braun u. grau Hochschaffstiefel
Braun Chevreau-Halbschuhe
Lack-Schnür- u. Spangenschuhe
Lack-Hochschaffstiefel
Braun Herrenstiefel, echt Chevreau
Echt Rindbox-Herrenstiefel, gute Lederverarbeitung.
Alles moderne Fassons.

98⁵⁰

Serie IV
Allerfeinste Luxus-Halbschuhe
in braun, grau und beige Samtkalb,
zum Schnüren, mit einer Spange,
mit Lasche, sowie der neue 3-Spangenschuh und der neue spitze Zugschuh in braun Chevreau, feinfestes Fabrikat. Die allerneuesten Modellschlager mit L. XV. Absatz.

155⁰⁰

Leinenschuhe 29.-
sehr gutes Fabrikat,
z. Teil mit kleinem Fehler
Dieselben zum Schnüren,
alles moderne Sachen mit
hohem Absatz 39.-
Herrenstiefel
kräftiges Spaltleder 45.-
Braun Boxhind-Stiefel 158.-
u. Halbschuhe
Original-
Goodyear Welt 145.-
sehr gutes Fabrikat 168.-,
Tramaseidene 45.-
Damenstrümpfe

Kinderstiefel 29.-
kräftiges Militärleder
27-30 39.-, 31-35 45.-, 25-26
Echt Boxhind, gute 69.50
Lederverarbeitung, ganz breite
Form, 31-35 79.50, 27-30
Braun Boxhind 79.50
31-35 89.50, 22-30
Knabenstiefel 36-39 69.-
(Echt Rindbox 98.50)
Sandalen 25-26 25.-
27-30 29.-, 30-35 36.-,
36-39 39.-
Turnschuhe 23-26 12.50
mit Cromledersohle
27-30 14.50, 31-35 18.50,
36-39 24.50.

Grossdetail-

Schuh-Lokal

-Behrndt

Münzstr. 25

Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54
Untergrundbahnhof Alexanderplatz

Münzstr. 25

Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54
Untergrundbahnhof Alexanderplatz